Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 14. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 09.05.2022

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

5. Fortschreibung der Untersuchung zur mittel- und südosteuropäischen Zuwanderung im Kreis Gütersloh - DS-Nr.: 5728 -

Die Verwaltung stellte heraus, dass man die Daten seit einiger Zeit zusammentrage. Dadurch habe man einen guten Überblick über die Zahlen, insbesondere hinsichtlich der Staatsangehörigkeiten der mittel- und südosteuropäischen Mitbürger sowie denen im Schulbereich. Ihr sei es wichtig gewesen darzustellen, wie sich die Zahlen dort entwickelten, wie die Belastung in einzelnen Schulen aussehe und welche Unterstützungsangebote es kreisweit sowie in den einzelnen Kommunen gebe. Inzwischen würden viele Angebote gemacht und man sei – nicht zuletzt durch die Netzwerkarbeit des Kommunalen Integrationszentrums – in der Lage, kurzfristig zu handeln. In der letzten Sitzung des Kreisausschusses habe sie schon konkrete Maßnahmen vorschlagen können, auch in Anbetracht der aktuellen Situation der Zuwanderung aus der Ukraine.

Sie griff kurz auf, dass man eine große Dynamik bei den rumänischen Staatsangehörigen sehe. Insbesondere das gemeinsame, vom Land finanzierte Projekt des Kommunalen Integrationszentrums und des Jobcenters, bei dem es um arbeitsmarktliche Beratung sowie Orientierungsfragen gehe, bereite ihr Freude. Als ein besonders wichtiges Projekt sehe sie auch die Sprachwerkstatt für Frauen, die durch eine Kinderbetreuung einigen Frauen eine Hürde für die Teilnahme nehme.

Zudem teilte sie mit, dass man – wie in der letzten Sitzung des Kreisausschusses dargestellt – nochmals ein umfangreiches Integrationskonzept erarbeiten wolle. Des Weiteren informierte sie, dass der Kreis am 23.06.2022 Gastgeber des OWL-Integrationskongresses sei, welcher aus unterschiedlichen Gründen digital stattfinden werde. Die Kreistagsmitglieder seien herzlich zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Hinsichtlich der Zahlen aus dem Jobcenter wies die Verwaltung auf die Grafik der Anlage 4 zur Vorlage hin. Die Menschen aus Rumänien, Bulgarien und Polen seien sehr stark am Erwerbsleben beteiligt und die rote gestrichelte Linie zeige die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aus diesen drei Nationen; dort gebe es den stärksten Zuwachs seit 2015. Bei der blau gestrichelten Linie, die für die Bevölkerung stehe, sei im Jahr 2020 ein Einbruch aufgrund der Coronavirus-Pandemie erkennbar. Die starke Arbeitsmarktsituation im Kreis habe aber in 2021 wieder für einen Nachzug-Schub gesorgt. Sie freue sich, dass wie an der grün gestrichelten Linie erkennbar, die Abnahme des Leistungsbezuges bei den Menschen aus den drei Nationalitäten stärker sei als die insgesamt doch erfreuliche Entwicklung, die man im SGB II habe. Ferner berichtete sie, dass man mit den vornehmlich aus Syrien geflüchteten Männern aktuell genauso gute Integrationsquoten wie mit den hiesigen Menschen erreiche.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass sie sich besonders freue, dass die Erstellung des Integrationskonzeptes angestoßen worden sei; die erfassten Daten seien dafür die Grundlage. Bestimmte wichtige Themen

seien schon identifiziert; dazu gehörten insbesondere der Spracherwerb von Berufstätigen und die Erwachsenenbildung in einem dynamischen und dem Strukturwandel unterliegenden Arbeitsmarkt. Darüber hinaus stellte sie die gute Vernetzung des Kreises positiv heraus.

Die GRÜNE-Fraktion schloss sich den Ausführungen der CDU-Fraktion an und betonte, dass man eine gute Datengrundlage habe. Auffällig sei, wie unterschiedlich es in den Kommunen laufe; einerseits zeigten nicht nur die besonders betroffenen Kommunen Engagement, andererseits gebe es auch Kommunen, in denen seit 2019 nichts passiert sei. Darüber hinaus habe sie sich die Frage gestellt, ob nicht noch weitere Personenkreise, wie beispielweise syrische Geflüchtete, berücksichtigt werden sollten, um auch für diese über eine gute Datengrundlage zu verfügen. Des Weiteren nehme sie an, dass die Verwaltung von sich aus die in der Vorlage genannten weiteren Förderbedarfe als Arbeitsauftrag ansehe.

Die Verwaltung äußerte, dass man zu einem späteren Zeitpunkt, wenn man mit dem Integrationskonzept weiter vorangeschritten sei, schauen müsse, wie intensiv die Berichterstattung zur mittel- und südosteuropäische Zuwanderung erfolgen solle. Daher wolle sie derzeit davon absehen, weitere Gruppen in die spezifische Berichterstattung aufzunehmen; man habe im kommunalen Integrationsmanagement sämtliche zugewanderte Gruppen im Blick. Bezogen auf die Anmerkung zu den Förderbedarfen teilte sie mit, dass bereits ein paar Dinge angestoßen worden seien. Auch hier sei ein Integrationskonzept wichtig, um von dritter Seite aufgezeigt zu bekommen, was idealerweise passieren sollte. Dort, wo sie ihrerseits Ideen habe oder Bedarfe sehe, werde man auf die Politik zukommen.

Die SPD-Fraktion trug vor, dass auch sie den Wunsch einer Ausweitung habe. Die spezifische Berichtserstattung sei entstanden, weil bestimmte Themen besonders im Fokus und nicht alle Kommunen gleichermaßen betroffen gewesen seien. In das Integrationskonzept könne man alle von Integration betroffenen Gruppen einbeziehen.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen